



Presseschau vom 21.06.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Moskau: USA entfesseln Informationskrieg gegen Russland**

Die USA und ihre Verbündeten führen gegen Russland einen umfassenden Informationskrieg, der eine Konfrontation der Wertesysteme Russlands und des Westens zur Folge hat. Dies erklärte Russlands Vizeverteidigungsminister Andrej Kartapolow am Donnerstag in Moskau. Die Russische Föderation bleibe für die USA und ihre „Satelliten“ die Hauptzielscheibe, sagte der Militär in einer Rundtischsitzung zu Problemen der Kooperation im Kommunikationsbereich innerhalb der Organisation des Vertrages über die kollektive Sicherheit (OVKS/CSTO). Das Treffen fand in der Staatsduma statt.

„Wir sind durch ein ganzes Netz von NATO-Zentren im Baltikum, in Polen, Rumänien, Bulgarien und anderen Mitgliedsländern der Allianz buchstäblich umstellt. Auf dem Territorium dieser Länder sind sogenannte Nichtregierungsorganisationen (NGO) aktiv.“ Kartapolow zufolge haben diese NGOs zum Ziel, Einwohner Russlands „propagandistisch und ideologisch zu beeinflussen, Russland in Misskredit zu bringen und es als ein autoritäres Land mit wilder, barbarischer Bevölkerung hinzustellen. Ein Land, dessen Behörden sich über die Grundlagen des Völkerrechts hinwegsetzen“, betonte der Minister.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32527/62/325276298.jpg>

de.sputniknews.com: **Russische Bomber im japanischen Luftraum? Moskau kommentiert**

Im russischen Verteidigungsministerium ist die Erklärung der Militärbehörde Japans hinsichtlich der Situation mit russischen Bombenflugzeugen kommentiert worden. Dies melden die Medien am Donnerstag.

„Zwei strategische Raketenträger Tu-95MS der Weltraum- und Luftstreitkräfte haben einen planmäßigen Flug im Luftraum über den neutralen Gewässern des Japanischen, Ostchinesischen und Südchinesischen Meere sowie des westlichen Teils des Pazifiks ausgeführt“, führen die Medien die Mitteilung der Behörde an.

Im Ministerium wurde betont, dass die Flugdauer mehr als 14 Stunden betragen habe und in einigen Flugabschnitten japanische Kampffjets F-2 und F-15 die russischen Bomber begleitet hätten.

Zuvor hatte die japanische Nachrichtenagentur Kyodo unter Verweis auf das japanische Verteidigungsministerium berichtet, dass ein russischer Bomber bereits zweimal in den Luftraum des Landes eingeflogen sei.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32349/40/323494025.jpg>

de.sputniknews.com: **Georgien: Regierungsgegner stürmen Parlament - Polizei reagiert mit Gummigeschossen**

In Georgien ist ein Massenprotest der Opposition in der Hauptstadt Tiflis in Tumulte umgeschlagen. Laut lokalen Medienberichten versuchten Demonstranten am Donnerstagabend, das Parlamentsgebäude zu stürmen. Die Sicherheitskräfte setzen Gummigeschosse und Tränengas ein.

TV-Bilder zeigen, wie Demonstranten die Sicherheitskräfte mit Flaschen bewerfen und versuchen, es ins Innere des Gebäudes zu schaffen. Die Ordnungshüter drängen sie mit Gummigeschossen und Tränengas zurück. Medien berichten von Dutzenden Verletzten. Tausende Menschen hatten sich am Nachmittag vor dem Parlament in Tiflis versammelt. Laut dem georgischen Sender 1TV fordern sie den Rücktritt der Regierung. Laut weiteren Berichten war der Besuch einer russischen Delegation Auslöser der Proteste.

Die Russen hatten im georgischen Parlament an einer internationalen Tagung teilgenommen, die Problemen des Orthodoxen Christentums gewidmet war. Weil ein russischer Delegierter bei der Tagung den Vorsitz führte, verließ die Opposition den Saal und rief zu Demonstrationen auf.

Der georgische Regierungschef Mamuka Bachtatse solidarisierte sich mit den Demonstranten, warf der Opposition jedoch vor, die Lage absichtlich zu destabilisieren. „Das Bild (mit dem russischen Abgeordneten – Anm. d. Red.) hat bei jedem Bürger eine Reaktion ausgelöst. Ich bin solidarisch mit diesem Protest“, sagte er am Donnerstagabend. „Aber das, was in den letzten zwei Stunden passiert, ist Gewalt.“

Der georgische Sender Rustavi2 berichtet, dass im Innenhof des Parlaments Spezialeinheiten in Stellung gegangen seien.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32527/64/325276444.jpg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **US-Luftfahrtbehörde verhängt Flugverbot über Persischem Golf**

Die US-Luftfahrtbehörde FAA hat am Donnerstag (Ortszeit) ein Flugverbot für in den USA registrierte Flugzeuge über dem Persischen Golf und dem Golf von Oman verhängt. Dies teilte die FAA via Twitter mit.

Flüge in der von Teheran verantworteten Flugzone seien bis auf Weiteres nicht mehr erlaubt. Erhöhte Militär-Aktivitäten und zunehmende politische Spannungen könnten kommerzielle Flugzeuge einem Risiko aussetzen.

Die Order gilt für alle in den USA angemeldeten Fluggesellschaften.

mil-Info: In den letzten 24 Stunden wurde kein Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

de.sputniknews.com: **Trump soll Luftschläge gegen Iran freigegeben haben – Medien**

US-Präsident Donald Trump hat nach einem Bericht der „New York Times“ zunächst Luftschläge gegen den Iran freigegeben, diese dann aber in der Nacht zum Freitag abrupt gestoppt. Bei der Militäraktion sollte es sich laut Bericht um Vergeltung für den Abschuss einer amerikanischen Aufklärungsdrohne durch den Iran handeln.

Die Operation sei bereits in ihrem Anfangsstadium gewesen, als sie abgeblasen worden sei, schrieb das Blatt am Donnerstag (Ortszeit) unter Berufung auf einen hochrangigen Regierungsbeamten, der nicht namentlich genannt werden wollte. Flugzeuge seien bereits in der Luft und Schiffe in Position gewesen, es sei aber nicht geschossen worden. Weshalb es zu dem Abbruch kam, sei zunächst nicht bekannt. Unklar sei außerdem, ob die Aktion lediglich verschoben wurde. Erwartet worden seien die Luftschläge am Donnerstagabend. Es seien Angriffe auf ausgewählte iranische Ziele geplant gewesen. Die „New York Times“ berichtete, dass es am Donnerstag zunächst heftige Diskussionen im Weißen Haus zwischen dem Präsidenten, seinen höchsten Sicherheitsberatern und Kongressspitzen gegeben habe.

Das Blatt bezieht sich auf Informationen von mehreren hochrangigen Regierungsbeamten, die entweder an den Diskussionen teilnahmen oder darüber informiert wurden. Weder das Weiße Haus noch das Pentagon wollten die Angriffspläne in der „New York Times“ kommentieren. Es habe aber keine Bemühungen gegeben, die Veröffentlichung des Artikels zurückzuhalten, hieß es.

Zuvor war berichtet worden, dass US-Präsident Donald Trump auf seiner Twitter-Seite auf einen „sehr großen Fehler“ des Iran hingewiesen hatte, nachdem ein US-amerikanisches unbemanntes Fluggerät am frühen Donnerstagsmorgen von iranischen Revolutionswächtern abgeschossen worden war. Die iranische Revolutionsgarde (IRGC) gab an, eine US-Spionagedrohne „Global Hawk“ abgeschossen zu haben, die in Kuh-Mobarak in der Provinz Hormozgan (Südiran) in den iranischen Luftraum eingedrungen wäre.

Das US-Militär wies den Bericht aus Teheran zurück, laut dem die Drohne über iranischem Territorium abgeschossen worden sei. Wie Marine-Hauptmann Bill Urban, ein Sprecher des für den Nahen Osten zuständigen Zentralkommandos des US-Militärs, erklärte, habe es am Morgen des 20. Juni kein amerikanisches unbemanntes Fluggerät auf iranischem Territorium gegeben.

de.sputniknews.com: **So will Washington Europas „Abhängigkeit von Russland“ reduzieren**

Der Abgeordnete des US-Unterhauses Eliot L. Engel hat einen Gesetzentwurf unterbreitet, der Kredite für osteuropäische Nato-Mitglieder vorsieht. Diese sollen sie dazu bewegen, auf russische Militärtechnik zu verzichten, berichtet der TV-Sender RT.

Demnach verwenden mehrere US-Verbündete in der Allianz nach wie vor sowjetische Waffen und müssen daher auch Ersatzteile aus russischer Produktion erwerben. Dabei seien sie nicht im Stande, „neue teure Ausrüstung“ zu kaufen.

Die Unfähigkeit mehrerer Nato-Mitglieder, mit den US-Streitkräften im vollen Maße zusammenzuwirken, beeinträchtigt die Kampffähigkeit des Nordatlantischen Bündnisses. Außerdem schaffe dies zusätzliche Schwierigkeiten für die US-Militärs, heißt es im Dokument.

In diesem Zusammenhang werden in dem dem Sender vorliegenden Dokument die Nato-Länder erwähnt, die dem Bündnis nach dem 1. März 1999 beitraten: Albanien, Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Kroatien, Montenegro, Tschechien und Ungarn.

Bei Verabschiedung des Gesetzentwurfes würden Darlehen mit einer Laufzeit von maximal zwölf Jahren bereitgestellt werden. Vor Gewährung eines Kredites solle der US-Außenminister bestätigen, dass das jeweilige Nato-Land seine Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts erhöhen wolle und sich zu den „demokratischen Werten“ bekenne.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32139/38/321393889.jpg>

Dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feueinstellung für den Zeitraum vom 20. Juni 3:00 Uhr bis 21. Juni 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 7. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Golomowskij, Dolomitnoje, Sajzewo, Donezker Flughafen (Volvo-Zentrum), Spartak, Oktjabrj, Kominternowo.**

Durch Beschuss von Seiten der BFU geriet ein Wohnhaus in Kominternowo in der Kirow-Straße 8 in Brand.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen bewaffneten Formationen abgefeuerten Geschosse betrug 60.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 239.

Ab 01:01 Uhr am 8. März 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueinstellung, der „Frühlings“-waffenstillstand in Kraft.

de.sputniknews.com: Teheran: Haben via Oman Vorwarnung von Trump erhalten

Der Iran hat nach Angaben aus Regierungskreisen in der Nacht zu Freitag via Oman eine Vorwarnung der USA über einen bevorstehenden Angriff des US-Militärs erhalten. Dies teilte die Agentur Reuters mit.

Trump habe mitgeteilt, er wolle keinen Krieg sondern Gespräche, erfuhr die Nachrichtenagentur Reuters am Freitag von einem Insider in Teheran. Dafür habe Trump der Islamischen Republik eine kurze Frist gesetzt.

Ein zweiter Insider sagte Reuters, der Iran habe darauf ebenfalls via Oman geantwortet, das geistliche und staatliche Oberhaupt der Islamischen Republik, Ajatollah Ali Chamenei, sei gegen jede Art von Gesprächen mit den USA.

Zuvor war berichtet worden, dass US-Präsident Donald Trump nach einem Bericht der „New York Times“ zunächst Luftschläge gegen den Iran freigegeben, diese dann aber in der Nacht

zum Freitag abrupt gestoppt hatte. Bei der Militäraktion sollte es sich laut Bericht um Vergeltung für den Abschuss einer amerikanischen Aufklärungsdrohne durch den Iran handeln.

Die Operation sei bereits in ihrem Anfangsstadium gewesen, als sie abgeblasen worden sei, schrieb das Blatt am Donnerstag (Ortszeit) unter Berufung auf einen hochrangigen Regierungsbeamten, der nicht namentlich genannt werden wollte. Flugzeuge seien bereits in der Luft und Schiffe in Position gewesen, es sei aber nicht geschossen worden.

Dnr-online.ru: Am Morgen des 19. Juni wurde durch Artilleriebeschuss das Verbindungsgleis zwischen den Stationen Mandrikino des staatlichen Unternehmens „Donezker Eisenbahn“ und des Tscheljukinzew-Bergwerk des staatlichen Unternehmens „DUEK“ beschädigt. Das Verkehrsministerium der DVR teilt mit, dass im Ergebnis einer Untersuchung des Gleisdienstes entdeckt wurde, dass 1,3m Gleis durch Splitter beschädigt wurden. Außerdem wurden zwei Eisenbetonschwellen, zwei Unterlagen und vier Bolzen beschädigt. Die notwendigen Reparaturarbeiten wurden in kürzester Zeit abgeschlossen. Bereits um 14:30 Uhr desselben Tages wurde der Verkehr wieder aufgenommen. Unterbrechungen beim Güterverkehr gab es nicht.

de.sputniknews.com: Bundeswehr hat neues Beobachtungsflugzeug

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hat am Freitag bei der Lufthansa-Werft in Hamburg ein neues Aufklärungsflugzeug für die Bundeswehr in Empfang genommen. Der umgerüstete Airbus A319 soll ab dem kommenden Jahr unterwegs sein, um Beobachtungsflüge nach dem Vertrag über einen „Offenen Himmel“ zu unternehmen. Die Nato und Staaten des ehemaligen Warschauer Pakts hatten sich 1992 darin auf Maßnahmen zur gegenseitigen militärischen Überwachung geeinigt. Ministerin von der Leyen sagte am Freitag, Deutschland setze mit dem neuen Flugzeug auch ein Signal. „Wir wollen in schwierigen Zeiten das Engagement für weltweite Abrüstung neu beleben“, erklärte sie. Der Airbus A319 sei mit seiner Technik, der großen Reichweite und dem bestens geschulten Personal eine der „modernsten Beobachtungsplattformen für diese Aufgabe“. Er sei eine lohnende Investition in gegenseitiges Vertrauen und die gemeinsame Sicherheit. Das Flugzeug hat eine besonders große Reichweite und erlaubt Flüge über ganz Russland praktisch ohne Landung. Es ist zudem das erste Flugzeug dieser Art mit Infrarottechnik, die nach dem zwischen Ost und West geschlossenen Vertrag zur Beobachtung eingesetzt werden darf.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images//32527/86/325278628.jpg>

nachmittags:

Dan-news.info: Eine Trauerkundgebung zum Gedenken an den Helden und Rotarmisten Gerassim Lapin fand heute zum Tag des Gedenkens und der Trauer in Donezk statt. Dies teilte die Verwaltung des Kirowskij-Bezirks von Donezk mit.

„In Donezk fand auf dem Friedhof am Grad von Gerassim Lapin heute eine Trauerkundgebung zum Tag des Gedenkens und der Trauer statt“, sagte die Gesprächspartnerin der Agentur.

An der Veranstaltung nahmen einige Dutzend Menschen teil. Darunter der Leiter der Bezirksverwaltung Jurij Budrin, der Abgeordnete des Volkssowjets Konstantin Kusmin, Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs. Unter den Anwesenden war auch die Tochter des sowjetischen Soldaten Swetlana Borodina.

Die Versammelten ehrten das Andenken des Soldaten Lapin mit einer Schweigeminute und legten am Denkmal Blumen nieder.

Gerassim Lapin wurde im Juli 1943 in die Rote Armee einberufen. Er nahm am Kampf auf der 224.1 beim Dorf Rubeshenka auf dem Territorium des Oblast Kaluga teil, wo 18 sowjetische Soldaten gegen 500 Infanteristen der Wehrmacht standen. Zwei von ihnen blieben am Leben. Unter ihnen war Lapin. Seine Heldentat ist in dem bekannten Lied „Auf einer Höhe ohne Namen“ von Michail Motusowskij beschrieben.

Der Tag des Gedenkens und der Trauer wird jährlich am 22. Juni begangen – am Jahrestag des Beginns der Großen Vaterländischen Krieges. An diesem Tag haben die Nazi-Truppen im Jahr 1941 die UdSSR überfallen.

de.sputniknews.com: **Lufthansa umfliegt wegen des Iran-Konflikts Straße von Hormus**

Die Lufthansa umfliegt wegen der steigenden Spannungen zwischen Iran und den USA die Straße von Hormus. Die Änderung der Flugrouten in dem Gebiet gelte bereits seit Donnerstag, sagte ein Sprecher der Airline am Freitag.

Der Bereich, den die Maschinen der Lufthansa meiden sollen, sei nun erweitert worden, fügte er hinzu. Von den Änderungen sei aber nicht der gesamte Iran betroffen. Lufthansa fliege die Hauptstadt Teheran weiter an.

Zahlreiche Fluggesellschaften hatten angekündigt, als Konsequenz aus dem Konflikt zwischen Iran und den USA den Luftraum über der Straße von Hormus und dem Golf von Oman bis auf Weiteres nicht mehr zu überfliegen.

Die US-Luftfahrtbehörde (FAA) hatte amerikanischen Fluggesellschaften zuvor die Nutzung des vom Iran kontrollierten Luftraums über dem See-Gebiet untersagt. Vorausgegangen war der Abschuss einer US-Drohne, die nach Angaben der Revolutionsgarden in iranisches Hoheitsgebiet eingedrungen war. Die USA erklärten dagegen, das 130 Millionen Dollar teure unbemannte Fluggerät habe sich über internationalen Gewässern befunden. ...

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: **Die bewaffneten Formationen der Ukraine haben einen Versuch unternommen, die Reparaturarbeiten an einer Stromleitung in Spartak zum Scheitern zu bringen.**

Trotz des zuvor vereinbarten Regimes der Ruhe haben die BFU zweimal das Feuer mit Granatwerfern in Richtung der Ortschaft eröffnet, in der Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten stattfanden.

Nach vorläufigen Informationen gibt es keine Schäden und Verletzten. Genauere Informationen werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: **Extremistengruppe wollte Scharia-Staat im Kaukasus gründen – FSB**

In der nordkaukasischen Teilrepublik Karatschai-Tscherkessien ist eine Gruppe von Extremisten festgenommen worden, teilt der russische Inlandsgeheimdienst FSB mit. In der Region wollten die Festgenommenen einen Scharia-Staat gründen.

Demnach unterbanden Mitarbeiter der russischen Polizei, des Sicherheitsdienstes FSB und der Nationalgarde die Aktivitäten einer Zelle der extremistischen Gruppe „At-Takfir wa-l-Higra“. Die Mitglieder der Gruppe sollen Ideen des radikalen Islam verbreitet und versucht haben, kommunale Beamte zu stürzen. Darüber hinaus hätten sie beabsichtigt, einen Scharia-Staat im Nordkaukasus zu etablieren.

Insgesamt seien zwölf Mitglieder der Extremistengruppe festgenommen worden, einer von ihnen in Moskau. Alle seien Einwohner der Teilrepublik.

Bei den Durchsuchungen in den Häusern der Extremisten hätten die Ermittler Feuer- und blanke Waffen, Munition, USB-Massenspeicher und extremistische religiöse Bücher entdeckt sowie CDs mit „Videos, die einen terroristischen Charakter haben“.

Zurzeit werde über die Einleitung eines Strafverfahrens entschieden, heißt es in der Mitteilung.

Ende 2018 waren acht Anhänger der internationalen Extremistengruppe „At-Takfir wa-l-Higra“ ebenfalls in Karatschai-Tscherkessien und weitere fünf in der Nordkaukasusrepublik Dagestan festgenommen worden.

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie schon mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 13:30 Uhr das Feuer in Richtung **Leninskoje mit Schützenpanzerwaffen und großkalibrigen Maschinengewehren eröffnet. Nach vorläufigen Informationen entstand infolge des Beschusses ein Brand an vier Wohnhäusern. Genauere Informationen werden ermittelt.**

de.sputniknews.com: Nach Protesten in Tiflis: Hunderte festgenommen und verletzt, Parlamentssprecher tritt zurück

Bei den jüngsten Demonstrationen der Opposition in Tiflis sind 240 Menschen verletzt worden, teilte das Gesundheitsministerium Georgiens am Freitag mit. Der Sprecher des Parlaments Irakli Kobachidse kam den Forderungen der Protestler nach und kündigte seinen Rücktritt an.

Etwa 100 Menschen sollen im Laufe der Demonstrationen festgenommen worden sein, wie die Nachrichtenagentur RIA Novosti von Augenzeugen erfuhr. Offizielle Informationen gibt es vorerst keine.

„Es kam die ganze Nacht hindurch zu Festnahmen, mehr als 100 Menschen, sagt man. Ich wohne in der Nähe des Rustaweli-Prospekts. Von den Fenstern aus konnte man sehen, wie die Spezialeinheiten die Protestler verfolgten“, schilderte eine Augenzeugin gegenüber der Agentur.

Am Freitag wurde nach den Demonstrationen das alltägliche Leben in der Hauptstadt wieder in Gang gesetzt. In erster Linie wurde dabei in der Rustaveli-Hauptstraße aufgeräumt, wo es tags zuvor zu Ausschreitungen, Festnahmen und dem Einsatz von Wasserwerfern und Tränengas gekommen war.

Nach dem Stand von Freitagmorgen war der Verkehr auf den wichtigsten Straßen der Stadt wiederhergestellt. Die Rustaveli-Hauptstraße blieb allerdings gesperrt, da dort Kriminaltechniker im Einsatz waren.

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, bezeichnete die Proteste als eine „russophobe Provokation“ und äußerte seine Sorge über das Wohlbefinden der russischen Staatsangehörigen in Georgien.

„Es kann nur unsere größte Sorge sein, dass es aggressive Manifestationen gegen russische Bürger gegeben hat“, so der Kreml-Sprecher am Freitag.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erläuterte, dass die Geschehnisse vor allem Georgien schaden würden.

Am Donnerstag kam es in der georgischen Hauptstadt zu Massenprotesten der Opposition. Auslöser war der Besuch einer russischen Delegation.

Die Russen hatten im georgischen Parlament an einer internationalen Tagung teilgenommen, die Problemen des Orthodoxen Christentums gewidmet war. Weil ein russischer Delegierter bei der Tagung den Vorsitz führte und dazu am Platz des georgischen Parlamentschefs saß, verließ die Opposition den Saal und rief zu Demonstrationen auf. Sie forderten die Abreise der russischen Delegation sowie den Rücktritt mehrerer Politiker. Unter anderem versuchten die Protestler, das Parlamentsgebäude zu stürmen, wobei die Polizei Gummigeschosse und Tränengas einsetzte.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32528/00/325280091.jpg>

Mil-Inr.info: **Pressekonferenz des Leiters des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Ja. A. Osadtschij über Situation an der Kontaktlinie vom 15. bis 21. Juni 2019**

Guten Tag!

Heute informiere ich über die Lage an der Kontaktlinie und über die Ergebnisse der Tätigkeit der Einheiten der Volksmiliz der LVR in der letzten Woche.

In der letzten Woche haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 19-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Dabei hat der Gegner von den Minsker Vereinbarungen verbotene Mörser des Kalibers 120 und 82mm, Granatwerfer, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschütze, Antipanzerlenkraketen, großkalibrige und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden **mehr als 180 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert.** Von Seiten der ukrainischen Truppen wurden die **Gebiete von elf Ortschaften beschossen.** **Neben provokativem Beschuss von Ortschaften der Republik verwenden die ukrainischen Truppen weiter Drohnen.**

In der letzten Woche haben die Einheiten der Luftabwehr der Volksmiliz **drei Drohnen abgeschossen**, von denen zwei der 54. Brigade und einer der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte gehörten. Die Fotos und Videos von den Drohnen des Gegners wurden an die Generalstaatsanwaltschaft der Republik übergeben und den Strafverfahren gegen die Brigadekommandeure Majstrenko und Wojtschenko bezüglich Terrorakten und Verwendung verbotener Methoden der Kriegsführung hinzugefügt.

Unsere Aufklärung stellt weiter das **Vorhandensein von durch die Minsker Vereinbarungen verbotener Technik der ukrainischen Streitkräfte** entlang der Kontaktlinie in folgenden Gebieten fest:

Krymskoje – Feuerstellungen einer Mörsermannschaft und einer Abwehrgeschützmannschaft;

Troizkoje – ein Schützenpanzer und Positionen einer Mörserbatterie;

Trjochisbjenka – Feuerstellungen einer Mörserbatterie;

Nowotoschkowskoje – Positionen einer Mörserbatterie des Kalibers 120mm und zwei Schützenpanzer.

In der letzten Woche wurden von Vertretern der OSZE-Mission das **Fehlen folgender Waffen**

und Technik der ukrainischen Streitkräfte an den Lagerorten festgestellt:

17 122mm-Haubitzen „Gwosdika“;

11 152mm-Artilleriegeschütze „Akazija“;

23 122mm-Haubitzen D-30;

15 120mm-Mörser;

12 100mm-Antipanzergeschütze MT-12 „Rapira“;

15 Panzer T-64 und T-72. ...

Die ukrainische politische und militärische Führung setzt weiter den **Kurs der Einpflanzens nazistischer Ideologie in die Bevölkerung** fort. In der letzten Woche wurden auf Befehl von Syrskij auf dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Territorien des Donbass Trainings mit Kindern zur Arbeit mit Informationen über die Situation im Donbass, die in den Massenmedien erschienen, durchgeführt. An diesen Veranstaltungen nahm der stellvertretende Leiter des Stabs der OOS, der Kriegsverbrecher Ruslan Miroschnitschenko, unmittelbar teil. Unter dem Anschein von Information und Bildung im Umgang mit Medien unter der Jugend streben die hochrangigen Besatzer danach, die Strafoperation im Donbass und den Mord an friedlichen Bürgern durch die ukrainischen Verbrecher zu rechtfertigen. Während der genannten Veranstaltungen haben Militärpsychologien die Schüler davon zu überzeugen versucht, dass auf den Territorien der LVR und DVR „keine richtigen“ Ukrainer leben, die mit allen Mitteln bis hin zur physischen Vernichtung bekämpft werden müssen.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte unternimmt weiter **erfolglose Versuche des Kampfes gegen Diebstahl in den Truppen**. An die Verbände und Truppenteile, die in der Zone der Strafoperation Dienst tun, wurde eine Anweisung des Kommandeurs der Bodentruppen Popko übergeben, mit der Forderung die, finanzielle Disziplin zu erhöhen und die Kontrolle über die ausgegeben Mittel zu verstärken. Anlass dafür war eine Überprüfung der Finanztätigkeit der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte, bei der Überzahlungen beim Sold und bei Umzugskosten in einer Höhe von 843.000 Griwna entdeckt wurden. Außerdem hat Majstrenko aus erdachten Gründen dem Personal die Prämien vorenthalten, die dadurch eingesparten Mittel von 754.000 Griwna wurden mit Postüberweisungen an Verwandte geschickt.

Die Frauen, die für die Teilnahme an der OOS zusätzliche Zahlungen erhalten haben, sind die Geliebten von Funktionsträgern der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ und des operativen Kommandos „Ost“ und sind niemals im Truppenteil gesehen worden. Zahlungen, die an sogenannte tote Seelen gegangen sind, betragen 250.000 Griwna.

Außerdem wurden während der Arbeit der Kommission bereits personenbezogenen Konten der 25. Luftlandebrigade konfisziert, weil der Verlust von Material in einem Wert von 5 Mio. Griwna während des Aufenthalts in des Truppenverbandes in der OOS-Zone festgestellt wurde.

Die finanziellen Machenschaften in der 54. und 25. Brigade ist nur die Spitze eines Eisbergs des Raubes von Haushaltsmitteln, die die Ukraine für die Vernichtung des eigenen Volkes ausgibt, und geschäftstüchtige Kommandeure wie Majstrenko und Sentschenko eignen sie sich erfolgreich an. Wir verfügen über Informationen über alle Machenschaften in den Verbänden und Truppenteilen in der OOS-Zone und werden sie veröffentlichen.

In der letzten Woche hat die Aufklärung der Volksmiliz von einer Einheit der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte **verlassene Positionen nördlich von Nowoaleandrowka** entdeckt.

Die Situation, in der ukrainischen Soldaten die vordersten Positionen verlassen, entstand **aufgrund von Personalmangel** an der vordersten Verteidigungslinie. Nach Informationen von Quellen im Stab der OOS beträgt die Personalausstattung der 54. Brigade 64%, in der gesamten operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ weniger als 70%.

Ich erinnere daran, dass dieser Fall kein Einzelfall ist. Seit Anfang dieses Jahres wurden in verschiedenen Verbänden des Gegners fünf Fälle von Verlassen der Positionen durch das Personal in der OOS-Zone festgestellt, dies wird sorgfältig gegenüber dem ukrainischen

Kommando geheimgehalten.

Wir stellen weiter eine **Zunahme der Rechtsverletzungen und Verbrechen durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte** auf von Kiew kontrollierten Territorien des Donbass fest.

Am 18. Juni überschlug sich auf einer Straße im Gebiet von Krymskoje ein Lastwagen des Typs Ural, der Munition beförderte.

Bei der Ermittlung wurde festgestellt, dass der Fahrer, ein Soldat der 14. mechanisierten Brigade, betrunken war und mit der Lenkung nicht zurecht kam. Durch glücklichen Zufall führte der Unfall nicht zu einer Detonation der Munition mit schrecklichen Folgen für Krymskoje, nur aufgrund eines unmäßig betrunkenen Fahrers. Der Soldat kam in ernstem Zustand mit einem Schädelhirntrauma ins Krankenhaus.

Insgesamt betragen die **Verluste unter dem Personal der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“ nach unseren Informationen in der letzten Woche vier Tote und elf Verletzte.**

Die Volksmiliz der LVR ihrerseits spielt eine entscheidende Rolle bei der Gewährleistung von Sicherheit und Schutz der Bürger der Republik, sie hält die Minsker Vereinbarungen streng ein und geht nicht auf Provokationen von Seiten der Ukraine ein.

In den Verbänden und Truppenteilen werden **planmäßige Übungen zur militärischen Ausbildung** durchgeführt, die militärischen Kenntnisse, das theoretische Wissen und die praktischen Fertigkeiten werden vervollkommen.

Hauptziel der militärischen Ausbildung der Volksmiliz ist die Erhöhung der Geschlossenheit der Einheiten sowie des Personals der Volksmiliz der LVR bei der Erfüllung der gestellten Aufgaben in der festgelegten Zeit.

de.sputniknews.com: **Iran zeigt Wrackteile der abgeschossenen US-Drohne**

Iranische Staatsmedien haben am Freitag Aufnahmen von Wrackteilen veröffentlicht, die von der am Tag zuvor abgeschossenen amerikanischen Aufklärungsdrohne stammen sollen.

Die Bilder haben die Nachrichtenagentur Tasnim und der Sender Irib ins Netz gestellt.

„Einige Gehäuseteile dieser Drohne waren in den Gewässern vor der Küste Kuh-Mubarak verstreut, schwere Teile gingen unter“, zitiert Tasnim den Befehlshaber der iranischen Luft- und Raumkräfte Amir Ali Hajizade.

Die Tatsache vorhandener Trümmerteile sei ein Hinweis darauf, dass die US-Drohne den iranischen Luftraum verletzt habe, so der Militärvertreter.

Der Drohnenabschuss soll dem Ziel gedient haben, eine Warnung an die „terroristischen Kräfte der USA“ zu richten.

Die iranischen Revolutionsgarden teilten am Donnerstag mit, sie hätten eine US-Drohne „Global Hawk“ abgeschossen. Sie soll in den iranischen Luftraum in Kuh-Mobarak in der Provinz Hormozgan eingedrungen sein.

US-Präsident Donald Trump sprach daraufhin von einem „sehr großen Fehler“ vonseiten des Irans und gab nach einem Bericht der „New York Times“ zunächst Luftschläge gegen das Land frei, die er dann aber in der Nacht zum Freitag abrupt stoppte.

Nach Angaben aus Regierungskreisen hat Teheran via Oman eine Vorwarnung der Vereinigten Staaten über einen bevorstehenden Angriff des US-Militärs erhalten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images//32528/30/325283025.jpg>

Dan-news.info: „Das Oberhaupt der DVR, der oberste Kommandeur Denis Puschilin, besuchte eine feierliche Veranstaltung zum fünften Jahrestag der Gründung des 3. und 4. Bataillons der Territorialverteidigung der Volksmiliz der DVR, die ihre Geschichte aus dem legendären Bataillon der Miliz, das nach der 383. Bergmannsdivision benannt wurde, herleiten“, wurde auf der Seite des Staatsoberhaupt mitgeteilt.

Puschilin zeichnete Soldaten für ihre Verdienste gegenüber über der Republik aufgrund von in Kämpfen gezeigten Mut und Kühnheit und wegen der erfolgreichen Durchführung von Kampfoperationen aus.

Die Bergmannsdivision wurde am 18. Juni 2014 in der DVR gegründet. Zu ihr gehörten Freiwillige aus dem Arbeiterbereich, vor allem Bergleute.



https://dan-news.info/wp-content/uploads/2019/06/dan-news.info-2019-06-21_12-09-38_925529-----38--2.jpg

de.sputniknews.com: **Erster Besuch eines chinesischen Staatschefs seit 14 Jahren: Xi Jinping in Nordkorea (Zusammenfassung)**

Chinas Staatschef Xi Jinping weilte vom 20. bis 21. Juni zu einem offiziellen Besuch in Nordkorea.

Es war sein erster Aufenthalt in Nordkorea als Staatschef. ...

Chinas Staatschef Xi Jinping reiste auf Einladung des Staatsoberhauptes Kim Jong-un zu

einem Staatsbesuch nach Nordkorea, heißt es in der Pressemitteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas.

Xi Jinping sprach beim Treffen mit Staatschef Kim Jong-un über die Notwendigkeit der Festigung der praktischen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern, wie es in der Pressemitteilung des Außenministeriums Nordkoreas hieß.

Xi Jinping ist Peking bereit, eine Zusammenarbeit mit Nordkorea in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen, Sport, Medien und anderen Bereichen zu entwickeln.

Xi Jinping unterstützte bei seinem Auftritt am 20. Juni in Peking die Anstrengungen Nordkoreas zur Wirtschaftsentwicklung und schnitt das Thema der nuklearen Abrüstung auf der Koreanischen Halbinsel an, wie die Agentur Xinhua berichtet. Chinas Staatschef rief zur politischen Regelung auf der Koreanischen Halbinsel und zum friedlichen Dialog auf.

Wie nordkoreanische Medien berichteten, führten die Anführer der benachbarten Staaten „umfassende Diskussionen über die politische Situation um die Koreanische Halbinsel und erreichten ein allgemeines Verständnis bei den besprochenen Fragen“.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32528/14/325281437.jpg>



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32528/18/325281846.jpg>

Armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Situation an der Kontaktlinie vom 15. bis 21. Juni 2019

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **siebenmal das Regime der Feuereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von sechs Ortschaften beschossen.

In **Richtung Gorlowka** hat der Leiter des Stabs der Gruppierung der Strafruppen Prozjuk die Planungen vorgenommen und die Anführer der 30. und 53. Bande Garas und Poljakow die Gebiete von **Dolomitnoje, Golmowskij und Sajzewo Jushnoje** mit Mörsern des Kalibers 120mm, Granatwerfern verschiedener Art, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 93. und 57. Brigade aus auf Befehl der Kriegsverbrecher Bryshinskij und Mischantschuk **Spartak** und das **Gelände des Donezker Flughafens** mit Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** wurde von den Positionen der 36. Marineinfanteriebrigade aus auf Befehl des Kriegsverbrechers Gnatow **Oktjabrj** mit 82mm-Mörsern beschossen.

Insgesamt hat der Gegner 23 Mörsergeschosse der Kaliber 120mm und 82mm auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Insgesamt wurden **in der letzten Woche 100 Beschießungen auf die Gebiete von 14 Ortschaften** der Republik festgestellt, wobei Artillerie des Kalibers 122mm, 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen eingesetzt wurden.

Insgesamt hat der Gegner in der letzten Woche 193 Artilleriegranaten des Kalibers 122mm und 389 Mörsergeschosse, davon 232 des Kalibers 120mm, auf das Territorium unserer Republik abgefeuert.

Durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **starb einer unserer Verteidiger und zwei wurden verletzt**. Wir bringen den Verwandten des Toten gegenüber unser Mitgefühl zum Ausdruck.

In der letzten Woche haben die ukrainischen Kämpfer ihre aggressiven Handlungen auf die Beschädigung und Vernichtung von Objekten der zivilen Infrastruktur konzentriert.

Durch Beschuss von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine wurden 22 Häuser in Gorlowka, Krasnoarmejskoje, Jasnoje, Kominternowo, Besymennoje, Wesjoloje und Donezk teilweise beschädigt sowie die städtische Kläranlage in Gorlowka und Gas- und Stromleitungen in Krasnoarmejskoje, Jasnoje, Kominternowo und Donezk.

Außerdem haben Kämpfer der 24. Brigade den Petrowskij-Bezirk von Donezk mit Artillerie beschossen, dabei wurden das städtische klinische Kinderkrankenhaus Nr. 4 und ein Schwimmbad beschädigt.

Alle Informationen werden mit Fotos und Videomaterialien an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich in der Republik befinden, gesandt sowie an die Generalstaatsanwaltschaft zur Aufnahme von Strafverfahren gegen die Kriegsverbrecher Bryshinskij, Guds, Palas, Kuratsch und Poljakow übergeben.

Während des Monitorings der festgelegten Lagerorte für abgezogene schwere Waffen der BFU haben die OSZE-Beobachter folgende **Waffen als fehlend festgestellt**: 92, Panzer, 18 152mm-Haubitzen „Msta-B“, 7 85mm-Geschütze D-44, 13 120mm- und 82mm-Mörser und 10 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“.

Außerdem hat eine Drohne der Beobachtermission festgestellt, dass der Gegner in Verletzung der Abzugslinie für Technik einen Panzer und vier Abwehrraketekomplexe „Osa“ und „Strela-10“ stationiert hat.

Um solche Fälle von Verstößen zu verheimlichen, **führen die Einheiten der elektronischen Kriegführung des Gegners einen ständigen Kampf gegen Drohen der OSZE-Mission.**

Gleichzeitig hat das Kommando der OOS-Kräfte die Luftaufklärung und Feuerleitung mit Hilfe eigener Drohnen aktiviert, die regelmäßig von unserer Luftabwehr abgeschossen werden. Ich stelle Ihnen hier eine weitere abgeschossene Drohne des Gegners vor.

Die letzte Woche war charakterisiert durch eine **Zunahme der Intensität des Beschusses von**

Seiten des Gegners unter Nutzung von von den Minsker Vereinbarungen verbotenen schweren Waffen. Zum ersten Mal in diesem Jahr wurde die Verwendung von **Phosphormunition** festgestellt. So wurde nach intensivem Beschuss von Dolomitnoje, das in der letzten Woche vier mal mit Mörsern beschossen wurde, ein mit Phosphor gefülltes Teil eines 120mm-Mörsergeschosses gefunden, das ich Ihnen hier vorstelle. Diese Art von Waffen kann ganze Stadtteile in Brand setzen, und ihre Verwendung ist durch die Genfer Konvention von 1977 verboten. Die Lage des gefundenen Geschosses verwies darauf, dass es von den Positionen einer Einheit des Regiments „Asow“ abgefeuert wurde. So ahmen die ukrainischen Nationalisten offensichtlich die Armee der USA nach, die 2004 Phosphormunition gegen den Irak verwendet hat. Washington musste sich damals rechtfertigen, dass es Phosphor nur zur Aufdeckung der feindlichen Positionen während der Nacht und der Tarnung verwende. Die Verwendung von Phosphor gegen eine Ortschaft der DVR ruft tiefen Zweifel an der Adäquatheit der ukrainischen Nationalisten hervor, für deren Handlungen die Ukraine auf internationale Ebene Verantwortung übernehmen müssen.

Nach uns vorliegenden Informationen von einer Quelle aus dem Stab der OOS hat die ukrainische militärische Führung mit dem Ziel der Abschwächung des negativen Verhältnisses der Weltgemeinschaft gegenüber den Verbrechen der Kräfte der OOS im Donbass sowie um die Republiken der Verletzung von Normen des internationalen Rechts zu beschuldigen dem **72. Zentrum für informationspsychologische Operationen die Aufgabe erteilt, gemeinsam mit Spezialoperationskräften einen inszenierten Angriff einer Diversionsgruppe der Volksmiliz auf ausländische Journalisten vorzubereiten.** Zu solchen Zielen gehören idealerweise Filmteams aus den USA, Polen und Litauen, die im Zeitraum vom 17. Juni bis 2. Juli in der OOS-Zone entlang der gesamten Kontaktlinie arbeiten. Dabei kann man, wenn man nicht nur vom Hörensagen weiß, wozu die ukrainischen Straftruppen zur Erreichung ihrer Ziele in der Lage sind, annehmen, dass das Szenario dieser Inszenierung den Mord an einem oder mehreren ausländischen Journalisten vorsieht, um den Effekt der Provokation zu verstärken.

Nach unseren Informationen teilen immer mehr ukrainische Soldaten in der OOS-Zone nicht die blutrünstige Einstellung ihrer Kommandeure. An realen Strafaktionen nehmen ausgewählte Kämpfer aus der Gruppe der Nationalisten und einfach prinzipienlose Banditen, mit denen die Brigadekommandeure die Gewinne aus Plünderungen, Schmuggel und Abgaben des übrigen Personals teilen, teil. Dabei verhängen die ukrainischen Kommandeure neben der alltäglichen Aneignung von den Soldaten zustehenden Zahlungen enorme Strafzahlungen wegen Verlust von Militärtechnik, die infolge der inkompetenten Befehle des Kommandos beschädigt oder vernichtet wurde, über ihre Untergebenen.

So haben nach Informationen aus dem Stab des Gegners Soldaten der 93. Brigade eine Anzeige bei Gericht gegen den Brigadekommandeurs Bryshinskij eingereicht, der versucht, seine Untergebenen zu zwingen, 145.000 Griwna Kompensationen für auf Minen geratene Fahrzeuge, die Bryshinskij selbst auf einer nicht abgestimmten Route in den Frontbereich geschickt hat, zu zahlen.

Außerdem wird in Bezug auf das kommandierende Personal der 501. Bataillons der 36. Brigade Gnatows eine vorgerichtliche Ermittlung wegen Missbrauch der dienstlichen Stellung durchgeführt. Hier wurde klar, dass die Banditen mit Offiziersabzeichen ihre Marineinfanteristen um eine Summe von mehr als 200.000 Griwna bestohlen haben. Da sehen die Erklärungen des ukrainischen militärischen Kommandos über eine Aktivierung des Kampfes gegen die Korruption unter dem kommandierenden Personal wie Zynismus aus. Insbesondere wurde vom Stab der OOS die Durchführung eines „Monats zur Verhütung von ungesetzlichem Waffenverkauf“ in den Einheiten der OOS ausgerufen und der Leiter des Generalstabs der ukrainischen Streitkräfte Chomtschak hat Versammlungen mit den Kommandeuren von Verbänden zum Thema „Ordnung der Organisation der Versorgung der Truppen der ukrainischen Streitkräfte“ durchgeführt.

Während die ukrainischen Kommandeure einander zu überzeugen versuchen, dass es nicht gut ist zu stehlen, suchen einfache Soldaten eigene Mittel, um ihre finanzielle Lage zu verbessern.

So hat am 17. Juni eine Gruppe von Soldaten des 24. Bataillons „Ajdar“ der 53. Brigade, die sich mit Alkohol „Mut“ angetrunken hat, einen bewaffneten Raubüberfall auf ein Geschäft verübt und dabei Waffen zur Einschüchterung der Käufer verwendet. Einer der Banditen konnte festgenommen werden, nach den übrigen Personen, die an dem Überfall beteiligt waren, wird gefahndet.

Außerdem konnte in Kramatorsk ein Soldat der 82. Luftlandebrigade in durch Alkohol gehobener Stimmung eine Gruppe von Zivilisten nicht mit „guten Worten und einer Pistole“ überzeugen, sich von ihrem Bargeld zu trennen und wurde entwaffnet, gründlich verprügelt und ins Krankenhaus eingeliefert. Im Aufnahmebuch wurde er als „bei Kriegshandlungen verletzt“ eingetragen.

Wir haben bereits zuvor berichtet, dass die Militärhospitäler in der OOS-Zone mit solchen „verletzten Helden“ überfüllt sind und ihre Zahl die offizielle Statistik des Stabs der OOS um das dreieinhalbfache übersteigt, und täglich erhalten wir dafür weitere Bestätigung von ukrainischen Ärzten und Freiwilligen.

Insgesamt hat nach unseren Informationen die **operativ-taktische Gruppierung „Ost“ in der letzten Woche Verluste von 5 Toten und 13 Verletzten erlitten.**

In der letzten Woche fanden im Rahmen des Programms der militärischen Ausbildung der Volksmiliz der DVR Übungen zur Schießausbildung mit Panzergrenadiereinheiten und Scharfschützenpaaren statt, außerdem wurden Schießtrainings mit Mörsermannschaften und Fahrübungen mit Schützenpanzerfahrern durchgeführt.

de.sputniknews.com: **US-Fondschef zu Nord Stream 2: Zu spät für Washingtons Einmischung**

Washington kann laut dem Chef des US-Fonds Principal Investors Kyle Shostak die Umsetzung des Gaspipelineprojekts Nord Stream 2 nicht mehr verhindern, obwohl es weiterhin Schwierigkeiten bereiten kann. Diese Meinung äußerte der Top-Manager am Freitag gegenüber RIA Novosti.

In Bezug auf die US-Gesetzentwürfe, die Sanktionen gegen die mit Nord Stream 2 verknüpften Länder und Unternehmen vorsehen, verlautbarte Shostak:

„Das politische Ziel dieser Gesetzesvorlagen ist sehr einfach: Nord Stream 2 zu stoppen“.

Man greife zu allen Mitteln, um alle möglichen Menschen, die mit dem Projekt in Verbindung stehen, zu treffen.

Viele Punkte in diesen Vorlagen seien jedoch „deklarativ“, meinte Shostak. Denn die USA könnten die unterschiedlichen Meinungen der Europäer zu dem Projekt nicht ignorieren.

„Wir kennen die Position Deutschlands, das sich dem amerikanischen Druck stark widersetzt. Und die meisten Europäer, mit der möglichen Ausnahme Dänemarks... unterstützen dieses Projekt“, fuhr der Top-Manager fort.

Man könnte natürlich versuchen, die Pipeline zu verhindern. Allerdings habe Nord Stream 2 einen wirtschaftlichen Nutzen und „es ist schwierig, mit der Wirtschaft zu kämpfen“, erklärte Shostak. Er erinnerte daran, dass sich zahlreiche Unternehmen am Bau beteiligen und damit Geld verdienen würden.

Nord Stream 2 ist die zweite Ostsee-Pipeline zwischen Russland und Deutschland. Finanziert wird sie zur Hälfte vom russischen Staatskonzern Gazprom. Die andere Hälfte bezahlen fünf europäische Energieunternehmen: die BASF-Tochter Wintershall, OMV sowie Uniper, Royal Dutch Shell und die französische Engie.

Die US-Regierung hat wiederholt Kritik an dem Projekt geübt – ihrer Auffassung nach macht sich Europa zu sehr von russischen Energielieferungen abhängig.

Deutsche Regierungsvertreter wollen entgegen dem amerikanischen Druck an Nord Stream 2

festhalten. Die Bundesregierung hatte wiederholt mitgeteilt, dass es sich um ein rein wirtschaftliches Projekt handelt, das die Energiesicherheit Deutschlands und Europas erhöhen werde.

Auch Moskau stellte wiederholt klar, dass das Projekt nur wirtschaftliche Interessen pflege und gegen kein anderes Land gerichtet sei.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zum Beschuss von Leninskoje am 21.06.19

Heute um 13:30 Uhr haben die Kämpfer Gnatows aus der 36. Brigade **Leninskoje** mit Schützenpanzerwaffen und großkalibrigen Maschinengewehren **unter Verwendung von Brandmunition beschossen**. Dabei gelang es den Banditen, einige Wohnhäuser in Brand zu setzen. Das Feuer breitete sich schnell auf benachbarte Gebäude aus. Inzwischen konnten Brände von sieben Häusern von Mitarbeitern des Zivilschutzministeriums der Republik lokalisiert werden.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der internationalen Organisationen auf die zunehmenden Versuche der ukrainischen Straftruppen, Brandmunition gegen die Zivilbevölkerung zu nutzen, um sie zu zwingen, ihre Häuser zu verlassen.

de.sputniknews.com: Donezk-Sprüche an Bord: Darum dürfen diese Iren nicht mehr in die Ukraine

Zwei Touristen aus Irland dürfen in den kommenden drei Jahren nicht mehr in die Ukraine einreisen, da sie bei der Landung ihres Flugzeuges in Kiew zur Unterstützung der selbsterklärten Volksrepublik Donezk aufgerufen haben sollen. Das geht aus einer Mitteilung des ukrainischen Grenzschutzes hervor.

Ihr Flug aus Dublin traf am Donnerstag am Flughafen Kiew-Boryspil ein. Während der Landung sollen die beiden „DNR, vorwärts!“ gerufen haben. Bei den Passagieren wurden angeblich eine russische Flagge sowie ein dreifarbiges Ansteckpin und mehrere St.-Georgs-Bänder entdeckt. Zudem habe einer von ihnen ein T-Shirt mit russischen Staatssymbolen getragen, hieß es.

Der ukrainische Grenzschutz gab Anfang Mai bekannt, das Einreiseverbot für ausländische Bürger künftig verhängen zu wollen, sollten diese St.-Georgs-Bänder bei sich haben.

In der Ukraine sind die St.-Georgs-Bänder als ukrainefeindliches Symbol verboten.

Die Regelung gilt seit 15. Juni 2017, als ein entsprechendes Gesetz in Kraft getreten war. Wer sich mit einem St.-Georgs-Band in der Öffentlichkeit zeigt, muss eine Geldstrafe in Höhe von 850 bis 2550 Griwna (umgerechnet 29 und 113 Euro) zahlen.

Im Wiederholungsfall drohen dann ein Bußgeld von bis zu 5100 Griwna (172 Euro) sowie bis zu 15 Tage Ordnungshaft.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images//32528/40/325284059.jpg>

abends:

de.sputniknews.com: **Nach antirussischer Demo in Tiflis: Putin verbietet russischen Fluglinien Flüge nach Georgien**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat am Freitag den russischen Fluggesellschaften per Erlass Flüge nach Georgien zeitweilig untersagt. Das Verbot soll ab dem 8. Juli 2019 in Kraft getreten. Der Hintergrund sind die jüngsten antirussischen Proteste

Außerdem riet Putin russischen Reisefirmen davon ab, während des Verbots Reisen nach Georgien zu verkaufen.

Der russische Präsident wies die Regierung zudem an, die Rückkehr der sich derzeit in Georgien aufhaltenden russischen Bürger zu gewährleisten.

Begründet werden diese Maßnahmen mit der Sorge um russische Bürger vor dem Hintergrund der gewaltsamen Proteste in Tiflis.

Kremlsprecher Dmitri Peskow bezeichnete die Entscheidung Putins als „gezwungene Einschränkung vor dem Hintergrund der extremistischen Handlungen in Tiflis“. Das Verbot solle gelten, solange für russische Bürger in Georgien eine Gefahr bestehe.

Zahlreiche Parlamentsabgeordnete und Mitglieder des Föderationsrates (Parlamentsoberhaus) unterstützten die Entscheidung des Präsidenten. Der Vize-Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Föderationsrates, Wladimir Dschabarow, bezeichnete das Flugverbot als „absolut zur rechten Zeit“. Die Sicherheit der russischen Bürger in Georgien sei „von Provokateuren“ gefährdet.

Weil georgischen Politikern die „Weisheit abhanden gekommen“ sei, werde Georgien nun eine enorme Zahl an russischen Touristen verlieren, die dieses Jahr zu den georgischen Kurorten fliegen wollten. Die gewisse Annäherung zwischen Russland und Georgien der letzten Jahre sei nun um mehrere Jahre zurückgesetzt worden. Dies sei georgischen Politikern zu verdanken.

Für russische Touristen war Georgien bisher ein sehr beliebtes Reiseziel: Im vergangenen Jahr sollen 1,4 Millionen russische Bürger die Ex-Sowjetrepublik besucht haben. Die fehlenden Touristen aus Russland würden die georgische Wirtschaft schwer treffen: Sollte das Flugverbot sich verlängern, würde das kleine Land nach unterschiedlichen Einschätzungen etwa 750 Millionen US-Dollar jährlich verlieren.

In der georgischen Hauptstadt Tiflis dauern seit Donnerstag Massenproteste gegen die Regierung an. Es sind bereits mindestens 240 Menschen, darunter 80 Polizisten, verletzt worden. Tausende Menschen hatten sich am Donnerstagnachmittag vor dem Parlament in Tiflis versammelt. Sie forderten den Rücktritt der Regierung. Laut Medienberichten war der Besuch einer russischen Delegation Auslöser der Proteste. ...

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine heute um 16:35 Uhr das Feuer mit Granatwerfern in Richtung **Wesjoloje eröffnet und zwei Granaten abgefeuert.**

Infolge des Beschusses erlitt ein Mann, geb. 1956, wohnhaft Nabereshnaja-Straße 7, Splitterverletzungen am Bauch. Der Verletzte wurde in das Stadtkrankenhaus Nr. 21 von Donezk eingeliefert.

de.sputniknews.com: **Zeman: Ukraine sollte sich mit Verlust der Krim abfinden**

Die Ukraine und die internationale Gemeinschaft sollten sich damit abfinden, dass die Schwarzmeer-Halbinsel Krim wieder Teil Russlands geworden ist. Das erklärte Tschechiens Präsident Milos Zeman am Freitag in einem Interview des TV-Senders Barrandov.

„Das ist Fakt“, betonte Zeman.

Der Staatschef gab ferner zu, dass die vom Westen gegen Moskau verhängten Sanktionen sich

weder auf die Wirtschaft noch auf die Politik Russlands nennenswert ausgewirkt haben. „Kanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron haben bereits ihre Position zu restriktiven Maßnahmen gegen Moskau geändert. Wenn diese Sanktionen unwirksam sind, sollten sie lieber abgeschafft werden“, sagte Zeman im Interview. Die Europäische Union hatte am Donnerstag ihre Russland-Sanktionen wegen der Einverleibung der Krim um ein weiteres Jahr verlängert. Sie beinhalten unter anderem das Verbot, Erzeugnisse von der Krim oder aus Sewastopol in die EU einzuführen sowie auf der Halbinsel zu investieren.

Am gleichen Tag hatte der russische Präsident Wladimir Putin bei seiner jährlichen Fragestunde mit der Bevölkerung mitgeteilt, dass Russland seit der Verhängung der Sanktionen vor fünf Jahren rund 50 Milliarden US-Dollar verloren hatte. Dagegen müsse die Europäische Union Verluste in der Gesamthöhe von 240 Milliarden US-Dollar hinnehmen, sagte er.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32061/50/320615056.jpg>

de.sputniknews.com: **Umfrage: Zwei Drittel der Ukrainer wollen ihr Land in der EU sehen**

Zwei Drittel der Bürger der Ukraine haben sich für einen Beitritt zur Europäischen Union ausgesprochen. Das geht aus der jüngsten Umfrage des Zentrums für Sozial- und Marktforschung Sozis hervor, schreibt die russische Internetzeitung „Vzglyad“ (vz.ru) am Freitag.

Demnach wollten 66,2 Prozent der Befragten ihr Land bei einem Referendum als EU-Mitglied sehen. 19,3 Prozent waren dagegen, 8,4 Prozent der Teilnehmer gaben oder wussten keine Antwort. Die restlichen Respondenten wollten einem solchen Referendum lieber fern bleiben.

Für die mögliche NATO-Mitgliedschaft der Ukraine sprachen sich 53,9 Prozent der Bürger aus. 29,5 Prozent waren dagegen. 11,5 Prozent wollten nicht antworten oder wussten keine Antwort. Der Rest würde das entsprechende Referendum ignorieren.

Sozis hatte vom 14. bis 19. Juni 2.000 Bürger im Alter von über 18 Jahren befragt. Die Toleranz liegt bei 2,2 Prozent.

Zuvor hatte die Rada-Abgeordnete Nadeschda Sawtschenko vor dem endgültigen Verlust der abtrünnigen Donbass-Regionen im Osten des Landes gewarnt, sollte die Ukraine den Kurs auf die EU- und NATO-Mitgliedschaft weiter steuern.